

## Vorlage Nr. 255/06

Betreff: **Ausschreibung und Vergabe von Lieferungen und Leistungen zur  
 Erstellung von Emsanlegestellen in der Innenstadt und in Bentlage  
 Aufhebung von Sperrvermerken**

Status: **öffentlich**

### Beratungsfolge

<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>					<b>Berichterstattung:</b>		<b>Herrn Dr. Kratzsch Herrn Schröder</b>	
TOP	Abstimmungsergebnis					z.K.	vertagt	Verwiesen an:
	Einst.	Mehr.	ja	nein	Enth.			

### Betroffene Produkte

5401	Stadtentwässerung
------	-------------------

### Finanzielle Auswirkungen

Ja       Nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Finanzierung		Jährliche Folgekosten	Ergänzende Darstellung (Kosten, Folgekosten, Finanzierung, haushaltsmäßige Abwicklung, Risiken, über- und außerplanmäßige Mittelbereit- stellung sowie Deckungsvorschläge) siehe Ziffer _____ der Begründung
	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/Beiträge)	Eigenanteil		
100.000 €	€	€	<input type="checkbox"/> keine €	

Die für die o. g. Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel stehen

beim Produkt/Projekt 5401-1 in Höhe von 100.000 € zur Verfügung.

in Höhe von **nicht** zur Verfügung

### Mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja       Nein

**Beschlussvorschlag/Empfehlung:**

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt die Sperrvermerke im Projekt 5401-1 in Höhe von 100.000 € für den Bau von Schiffsanlegestellen an der Ems unterhalb der Nepomukbrücke und am Kloster Bentlage auf.

**Begründung:**

Die wasserrechtliche Genehmigung für die beiden Anlegestellen wurde im April 2006 beantragt. Damit die Anlegestellen rechtzeitig bis zu den geplanten Fahrten Anfang Oktober 2006 errichtet werden können, müssen die Lieferungen und Leistungen nach Erhalt der Genehmigung unverzüglich ausgeschrieben und vergeben werden. Es ist vorgesehen, zunächst die Anlegestelle Innenstadt mit möglichst geringem Aufwand herzurichten. Dabei kann auf Dalben verzichtet und die Uferwand zum Anlegen genutzt werden. In Bentlage werden drei Dalben in den Untergrund eingebracht, um das Anlegen von Personenschiffen, Yachten und Sportbooten zu ermöglichen.

Es wird darum gebeten, die Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € freizugeben.